

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1880
der Abgeordneten Sabine Barthel (AfD-Fraktion)
Drucksache 7/5132

Verstorbene und Komplikationen in Zusammenhang mit den Coronaimpfungen

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragestellerin: Bezugnehmend auf den Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts vom 23. Dezember 2021 sowie nach diversen internationalen Berichten über Impffolgen ergeben sich auch Fragen im Hinblick auf das Land Brandenburg.

Anmerkungen: Wenn im Nachfolgenden von „Landkreisen“ die Rede ist, sind damit auch die kreisfreien Städte und das Land Brandenburg insgesamt gemeint. Wenn im Nachfolgenden von „Monaten“ die Rede ist, ist damit auch der ganze erfragte Zeitraum seit Einführung der Impfung insgesamt gemeint.

1. Wie viele Verstorbene im zeitlichen Zusammenhang mit den Impfungen gegen das Coronavirus hat das Land Brandenburg bisher zu beklagen? Bitte aufschlüsseln nach Monaten, Landkreisen, Impfstoffen, Alter der Verstorbenen und Vorerkrankungen.

Zu Frage 1: Dem Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) wurden insgesamt 9 Verdachtsfälle zu Impfkomplicationen mit tödlichem Ausgang in zeitlichem Zusammenhang mit einer Corona-Schutzimpfung gemeldet (Stand: 02.03.2022). Eine (kausale) Bewertung der Verdachtsfallmeldungen zum sachlichen Zusammenhang erfolgt ausschließlich im Paul-Ehrlich-Institut (PEI). Vorerkrankungen werden im Meldeformular des PEI nicht eigenständig abgefragt, allerdings werden diese gelegentlich zusammen mit (Verdachts-)Diagnosen angegeben.

Die nachfolgende Aufstellung der gemeldeten Verdachtsfälle gliedert sich nach Impfstoff, Monat und Jahr sowie (Verdachts-)Diagnose. Eine Aufstellung nach Landkreis / kreisfreier Stadt und Alter kann wegen der geringen Fallzahl aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erfolgen.

Nr.	Impfstoff	Monat	Jahr	Diagnose bzw. Verdachtsdiagnose
1	Comirnaty	Januar	2021	Fieber, Schüttelfrost, Abgeschlagenheit, Husten, Kreislaufdysregulation, zunehmende Dyspnoe, COVID-19-Pneumonie bds. mit respiratorischer Insuffizienz
2	Comirnaty	März	2021	Plasmozytom, Diabetes mellitus, Niereninsuff. Sta.III
3	Comirnaty	April	2021	Mediainfarkt rechts
4	Vaxzevria	Mai	2021	Kolonnekrose, Verdacht auf Thrombosierung
5	Comirnaty	Mai	2021	plötzlicher Herztod (anamnestisch)
6	Comirnaty	Mai	2021	Cardiale Dekompensation bei Cor pulmonale
7	Vaxzevria	Mai	2021	Sepsis
8	Comirnaty	März April	2021	starke körperliche Schwäche; Demenzentwicklung; Verdauungsstörungen; Harninkontinenz
9	Vaxzevria Comirnaty	unbekannt August	2021	verschiedene Vorerkrankungen

2. Bei wie vielen Personen im Land Brandenburg kam es bisher zu leichten Komplikationen in Zusammenhang mit den Impfstoffen gegen das Coronavirus? Bitte aufschlüsseln nach Monaten, Landkreisen, Impfstoffen, Nebenwirkungen und Alter der Geschädigten.
3. Bei wie vielen Personen im Land Brandenburg kam es bisher zu schwerwiegenden Komplikationen in Zusammenhang mit den Impfstoffen gegen das Coronavirus? Bitte aufschlüsseln nach Monaten, Landkreisen, Impfstoffen, Nebenwirkungen und Alter der Geschädigten.

Zu den Fragen 2 und 3: Die Fragen 2 und 3 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Infektionsschutzgesetz (IfSG) sind Verdachtsfälle von Impfkomplicationen meldepflichtig und müssen nach § 11 Absatz 4 IfSG von den Gesundheitsämtern über die Landesstellen an das PEI gemeldet werden. Demnach gelten alle dem LAVG als zuständige Landesstelle übermittelten Meldungen als Verdachtsfälle von Impfkomplicationen. Die Bewertung des kausalen Zusammenhangs zwischen den Verdachtsfällen und der Corona-Schutzimpfung erfolgt ausschließlich im PEI. Durch das LAVG wird keine Bewertung durchgeführt, ob es sich bei den Verdachtsfällen auch tatsächlich um Impfkomplicationen handelt. Alle gemeldeten Verdachtsfälle und deren Bewertung werden in den Sicherheitsberichten des PEI ausschließlich auf Bundesebene veröffentlicht. Demnach kann das LAVG keine entsprechenden Aussagen für das Land Brandenburg treffen.